

Länder könnten in den Bereichen neue Technologien und nachhaltige Industrien wieder mit um die Weltspitze konkurrieren.

Es ist ein Irrtum, dass diese Investitionen lediglich in den südlichen Ländern Europas notwendig seien. Auch in Deutschland ist die Infrastruktur – die enorm wichtig für das Exportland ist – marode, auch deutsche Exporte können die Wirtschaft nur so lange tragen, solange es auch Abnehmer dafür gibt. Aufgrund von Austeritätskuren in einigen Ländern sind deutsche Exporte bereits zurückgegangen.

Damit Investitionen möglich werden, ist es notwendig, eine Art »goldene Regel« aufzustellen, durch die Investitionen in Beschäftigung und Wachstum von der Defizitkalkulierung der nationalen Budgets ausgenommen werden. Die Defizitbeschränkung auf 3 % des Bruttoinlandprodukts ist in wirtschaftlich stabilen Zeiten sinnvoll; während einer Krise, wie der seit fünf Jahren andauernden, kommt sie dagegen einem Mittel zum volkswirtschaftlichen Suizid gleich.

Ein Standardargument für die Be-

schränkung des jährlichen Haushaltsdefizits auf 3 % des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes ist das Bestreben, den nachfolgenden Generationen nicht noch mehr Schulden zu hinterlassen. Doch ohne Arbeit oder Perspektiven sind die nächsten Generationen noch viel verlorener.

Das sozialdemokratische Ziel ist es, die beiden Seiten – gesunde Volkswirtschaften und soziale Gerechtigkeit – miteinander zu verbinden und so eine Balance wiederherzustellen, die in den letzten Jahren verloren gegangen ist. Dazu gehört auch die weitere Stabilisierung von Banken, der Kampf gegen Korruption, gegen Steuerhinterziehung und gegen Ineffizienz. Zudem muss der Prävention wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Arbeit, Bildung, solide Wirtschaften und nachhaltige Entwicklung, verbunden mit sozialer Gerechtigkeit – das ist möglich. Gleichzeitig ist dies auch die beste Abwehr gegen Nationalismus, Xenophobie und Extremismus, da die Menschen weniger Angst haben, wenn sie ein glückliches und erfülltes Leben führen können.



**Hannes Swoboda**

ist Mitglied des Europäischen Parlamentes und dort Vorsitzender der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D).

[hannes.swoboda-office@europarl.europa.eu](mailto:hannes.swoboda-office@europarl.europa.eu)

*Klaus Harpprecht*

## Die Glosse: Das Volkstum droht

Gut (oder nicht so gut): Soll die Krim heim ins Reich der Russen kehren, wenn die Mehrheit der Bevölkerung dies wünscht – und sich von der Flucht an den großen, leider so gar nicht wogenden, sondern eher mageren Busen von Mütterchen Russland ein besseres Leben erhofft. Uns im fernen Westen müsste es nicht allzu heftig tangieren »wenn hinten fern in der Türkei die

Völker aufeinander schlagen...« (die Krim und die Ukraine zählten zu Goethes Zeiten wahrhaftig noch zur türkischen Welt). Doch der Weg zum Referendum wurde durch eine kaum getarnte militärische Intervention gewaltsam geöffnet (gottlob ohne massenhaftes Blutvergießen – doch jedes Opfer ist eines zuviel). Der Prozess der Teilung könnte sich, wenn der Macht-

mensch im Kreml das wollen sollte, in der Ost-Ukraine fortsetzen. Das Recht auf Selbstbestimmung hat so mancher Expansion den Anstrich der Legalität verschafft, und es ist auch künftig dem Missbrauch nicht entzogen.

Daran ist leider nichts neu. Das hatten wir schon. Das erlebten und erlitten die Alten in unserer Gesellschaft, freilich in einer (bis jetzt) unvergleichlich brutaleren, gefährlicheren Steigerung. Es fehlt nur der bös schillernde Begriff des »Volkstums« und danach folgerichtig des »Volkstumskampfes«. Beides musste erhalten, um die Eingliederung des Sudetenlandes ins einstige Großdeutsche Reich zu erzwingen (die mit den Unterschriften des britischen Premierministers Chamberlain, seines französischen Kollegen Daladier, des italienischen Duce und des Führers unter dem Münchener Abkommen legitimiert wurde). Volkstumskonflikte sollten im Sommer 1939 als Vorwand für den Einfall in Polen dienen.

Wenn es Wladimir Putin Ernst damit sein sollte, das russische Imperium (nicht das sowjetische) wieder auferstehen zu lassen, dann haben wir, haben vor allem unsere Nachbarn im Osten allen Anlass, auf der Hut zu sein. Dann wären die Europäische Union (deren Machtmittel begrenzt sind), dann wären die Vereinigten Staaten verpflichtet, dem Muskelmann im Kreml zu zeigen, dass es auch für ihn Grenzen gibt, die er nicht ohne böse Risiken verletzen oder revidieren kann. Die baltischen Staaten, die zum Teil beträchtliche russische Minderheiten beherbergen, stehen unter dem Schutz der NATO. Allerdings wären sie gut beraten, den Minoritäten alle Rechte zu gewähren, auf die sie Anspruch haben – bis hin zur Anerkennung des Russischen als zweite Amtssprache. Sie sollten sich als gleichberechtigte Bürger Litauens, Estlands, Lettlands so frei und so gut fühlen, dass sie selber die ersten sein würden, die den Lockungen Moskaus, allen denkbaren Pressionen und jeder Drohung von Gewalt widerstehen.

Die wenigsten Staatsgrenzen stimmen mit den ethnischen, den sprachlichen Abgrenzungen überein. Es gibt Ländereien mit den erstaunlichsten Mischverhältnissen, die sich niemals vernünftig auftrennen ließen. *Mehr- und Minderheiten sind Normalität* Wer's versucht, stürzt unseren Kontinent ins Chaos. Fast überall leben Minderheiten unter dem Dach von anderssprachigen Mehrheiten. Das ist europäische Normalität, obschon sich schon der Religionshistoriker David Friedrich Strauss darüber beschwert hat, dass die Großmächte auf dem Wiener Kongress »mit frivoler Missachtung der Volksthümlichkeit die Grenzen der Länder bestimmt« hätten. Dies ist europäische Realität – und nicht das »völkisch« gleichgeschaltete Staatswesen. Man sagt es nicht gern und nicht allzu laut: In mancher Hinsicht nahmen die Vielvölker-Staaten wie die K.u.K.-Monarchie, auch Föderationen wie das alte Reich, das Napoleon weggefeigt hat, die Europäische Union voraus. Der ethnisch-sprachliche Einheitsstaat und der völkisch bestimmte Nationalstaat haben sich als tragische Verirrungen erwiesen. »Multikulti« ist Normalität. Das Lebensrecht von Minoritäten gehört zu den Grundrechten der Menschheit.

Es gibt eine Europäische Charta zum Schutz der Minderheitssprachen, die freilich Frankreich bis heute nicht ratifizierte, weil dies eine Korrektur der Verfassung verlangt. Doch realiter hat sich die Fünfte Republik längst von der absurden Idee der sprachlichen Gleichschaltung gelöst, deren einstige Dimensionen der britische Historiker Theodore Zeldin erforscht hat: Bis in die 30er Jahre des 19. Jahrhunderts bedienten sich nahezu die Hälfte der Bürger des Landes im Alltag nicht des Französischen. Am Ende des Jahrhunderts war es kaum mehr ein Viertel. Der Planierung wurde erst in der Ära Mitterrand Einhalt geboten. Die Gebote der Charta werden de facto seit Langem respektiert, weil unsere Nachbarn verstanden haben – eine Hand-

voll verbohrt Sprachnationalisten angenommen –, dass die vielen Idiome keine Gefahr, sondern kultureller Reichtum sind. Die Regierungen bemühen sich, im Gegenteil, das Bretonische und das Provenzalische, die vom Aussterben bedroht sind, in letzter Minute zu retten (vielleicht ist es zu spät); das Baskische, das Katalanische in den okzitanischen Regionen, das Italienische in Savoy, das Elsass-Deutsch scheinen sich behaupten zu können.

Der europäische Westen hat, wenn nicht vieles täuscht, die Sprachkonflikte gezähmt – bis auf Belgien, das rings um die Hauptstadt der Europäischen Union das Gezänk zwischen Flamen und Wallonen um die Dominanz des Französischen oder des Niederländischen in diesem Städtchen oder jenem Landkreis nicht zu schlichten vermag, ein Streit, der vor allem von flämischen Nationalisten angeheizt wird, deren Sprachfamilie nach Jahrhunderten der relativen Armut dank der neuen Industrien die wirtschaftliche Oberhand gewonnen hat.

Osteuropa aber bietet noch immer (oder schon wieder) ernsteren Anlass zur Beunruhigung. Zwar dämpften die ungarischen Neo-Nationalisten, die sich berufen fühlen, das Unrecht des Friedensvertrages von Trianon nach fast einem Jahrhundert zu korrigieren, ihr Trommelgerassel – dank der Ordnungsrufe aus Brüssel. Sie nahmen freilich noch nichts zurück. Im Amtszimmer des Außenministers ist nach wie vor eine Landkarte zu sehen, die das gesamte Herrschaftsgebiet des Königreichs der Magyaren zeigt, das nach dem Ersten Weltkrieg auf knapp ein Drittel reduziert wurde. An die 60 % der Ungarn fanden sich als Bürger der Nachbarstaaten wieder: der Tschechoslowakei, Rumäniens und des neu konstruierten Jugoslawiens. Die Grenzgebiete der Slowakei weisen auch

heute eine ungarische Mehrheit auf. So die Nachbarregionen in Rumänien. Der einst progressiv-liberale Viktor Orban, der sich zum rechten Nationalisten gewandelt hat, wollte sämtlichen Ungarn, auch den Millionen außerhalb der Staatsgrenzen, das Wahlrecht einräumen: eine Missachtung aller Prinzipien des Staats- und Völkerrechtes. Vor allem die Spannungen mit der Slowakei verschärfen sich. Volkstums-kämpfe nach dem fatalen Muster der 20er und 30er Jahre drohten – unter dem Dach der Europäischen Union: ein Skandal, gegen den Brüssel allzu mild protestierte. Die Volkstumsideologie, die in Wahrheit eine Ballung von Ressentiments ist, würde Europa einmal mehr zugrunde richten. Der Vertrag von Lissabon, dessen Revision ansteht, müsste bei permanenten Verstößen gegen den Geist und die Gesetze der Union den Ausschluss eines Mitgliedstaates möglich machen, als ultima ratio.

Der schwammige und gemeingefährliche Begriff »Volkstum« stammt übrigens (es überrascht nicht) vom Berliner Turnvater Jahn, dem *teutschen* Nationalisten der ersten Stunde, vorgestellt 1809 in einer patriotischen Protestschrift gegen die napoleonische Tyrannei. Der sächsisch-großpreußisch-deutsch-nationalistische Historiker Treitschke, der die Gehirne ganzer Generationen von Geschichtslehrern vernebelt und mit seinem Antisemitismus (»Die Juden sind unser Unglück!«) vergiftet hat, faselte vom »germanischen Volkstum«. Der kluge Österreicher Grillparzer, der alles kommen sah (»von Humanität durch Nationalität zur Bestialität«) warnte: Wir sollten nicht mit dem »Unverstand des Volkstums liebäugeln«. Daran ist nur eine einzige Silbe falsch: bösäugeln müsste es heißen. Gibt es eine russische, eine ungarische Übersetzung?



#### Klaus Harpprecht

ist Mit-Herausgeber dieser Zeitschrift, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*.

2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.